



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Außenpolitik	6
	Innenpolitische Entwicklungen	7
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	8
4.	Türkische Zyprioten	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Beziehungen mit der Türkei	11
	Innenpolitische Entwicklungen	12
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	13

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Anfang November informierte Präsident Nicos Anastasiades die Bevölkerung, dass er als Wiedervereinigungsmodell für Zypern eine dezentralisierte Föderation vorschläge.

Während seiner öffentlichen Ansprache am 6. November argumentierte Anastasiades, dass eine dezentralisierte Föderation den Belangen beider Volksgruppen, der türkisch-zypriotischen und der griechisch-zypriotischen, gerecht würde. Er drängte auf eine praktikable und tragfähige Lösung des Zypernproblems. Stirnrunzeln löste Anastasiades' Aussage aus, er erachte die Zustimmung der türkischen Zyprioten zu jeder Entscheidung als problematisch und nicht wünschenswert – das ist jedoch eine Kernforderungen der türkischen Zyprioten hinsichtlich Machtteilung und politischer Gleichberechtigung. Laut Anastasiades unterscheide sich eine dezentralisierte Föderation von einer losen Föderation und solle weder die einzelne internationale Rechtspersönlichkeit, Souveränität und Nationalität eines Staates noch dessen territoriale Unversehrtheit, Bevölkerung, Wirtschaft, Naturreichtümer, Verteidigung, Sicherheit und den Grenzschutz des Bundesstaates in Frage stellen. Stattdessen würde, so der Präsident, eine dezentralisierte Föderation die exklusive und wirksame Vertretung und Beteiligung des Bundesstaates in der EU, den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen sichern. Zuletzt appellierte Anastasiades an alle politischen Führer, in Dialog mit ihm zu treten, um gemeinsame Positionen zu entwickeln, die zu einer erneuten Aufnahme

der Gespräche und zu einer für beide Seiten akzeptablen Lösung führen sollten.

Sowohl die griechisch-zypriotische Opposition als auch türkisch-zypriotische Parteien kritisierten umgehend Anastasiades' öffentlichen Vorschlag einer dezentralisierten Föderation scharf. Entscheidende Fragen zur Machtteilung habe er gar nicht erst angesprochen, außerdem versuche er seine gescheiterte Politik das Zypernproblem betreffend zu vertuschen. Insbesondere, so der türkisch-zypriotische Regierungssprecher¹ Baris Burcu, signalisiere Anastasiades, dass er die politische Gleichberechtigung der türkisch-zypriotischen Seite nicht akzeptieren könne, die eine effektive Beteiligung an allen Entscheidungsprozessen impliziere.

Der türkisch-zypriotische Volksgruppenführer Mustafa Akinci sagte auf einer Pressekonferenz am 12. November, dass seine Seite der Idee, die Befugnisse seiner Föderalregierung zu reduzieren, gegenüber offen sei. Allerdings stellte er klar, dass die türkischen Zyprioten niemals Entscheidungen akzeptieren würden, die mit einfacher Mehrheit getroffen würden. Darüber hinaus betonte Akinci, dass die türkisch-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

zypriotische Seite einer dezentralisierten oder losen Föderation durchaus positiv gegenüberstünden, solange ein konkreter Vorschlag vorliege, der konkrete Verhandlungen erlaube. Der Prozess dürfe jedoch nicht endlos sein und müsse ergebnisorientiert verlaufen. In Anlehnung an den Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, in dem alle Beteiligten aufgefordert wurden, sich schnellstmöglich auf die Themenbereiche zu verständigen, die zur Wiederaufnahme substantieller Verhandlungen führen könnten, erklärte Anastasiades am 13. November, dass der Entwurf bis Jahresende fertig sein müsse. Die UN-Sonderbeauftragte Jane Hol Lute wird voraussichtlich eine neue Gesprächsrunde dazu abhalten.

Am 16. November traf sich Anastasiades mit Vertretern der Republikanisch Türkischen Partei (CTP). Laut Regierungssprecher Prodromos Prodromou bekräftigte der Präsident, dass die griechisch-zypriotische Seite am Rahmenplan und an den sechs Parametern festhalten werde, die Guterres während der Zypernkonferenz 2017 in Crans Montana vorgelegt habe, sowie an allen bisherigen Konvergenzen, um umfassende Verhandlungen wiederaufzunehmen, die alle angesprochenen Themen behandeln.

Am 22. November traf sich Andros Kyprianou, der Parteivorsitzende der Fortschrittlichen Partei des arbeitenden Volkes (AKEL), mit dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu zu einem Abendessen in dessen Haus in Ankara. Kyprianou gab bekannt, er werde Anastasiades über das Treffen mit Cavusoglu berichten, der Öffentlichkeit jedoch nur das mitteilen, was als notwendig erachtet werde. Kyprianou war nach

Ankara gereist, um am 23. November an einer Diskussion der Stiftung Tepav (Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik der Türkei) zum Thema ‚Geopolitische Entwicklungen im östlichen Mittelmeer und Zypern‘ teilzunehmen. Zum Abendessen wurde er von AKEL-Mitglied Toumazos Tsielepis begleitet. Berichten zufolge tauschten sich Kyprianou und Cavusoglu über die Aspekte des Zypernproblems aus, die nach wie vor eine Lösung verhinderten.

Mit der Öffnung der beiden neuen Übergänge in Dherynia/Derinya, das einige Kilometer von Famagusta entfernt liegt, und Apliki/Aplic, westlich von Lefka, am 12. November, erhöhte sich die Zahl der Übergänge zwischen beiden Teilen Zyperns auf neun. Laut der Tageszeitung ‚Cyprus Today‘ begrüßten türkische Zyprioten die ankommenden griechischen Zyprioten mit Zitrusfrüchten und Olivenzweigen. Okan Dagli, der Sprecher der Famagusta Initiative, verlas eine gemeinsame Erklärung von 12 türkisch-zypriotischen und griechisch-zypriotischen NGOs (Nichtregierungsorganisationen) vor: *„Wir verstehen die Öffnung des Übergangs Dherynia als Neustart der Wiedervereinigung unseres Landes und der Aussöhnung unserer Gemeinschaften“*. Die Vertreterin des UN-Generalsekretärs auf Zypern, Elizabeth Spehar, sagte, dies sei *„ein guter Tag für Zypern“*. Die türkisch-zypriotische Tageszeitung Kibris berichtete am 23. November, dass es in den ersten 10 Tagen nach den Öffnungen 21.252 Personen den Übergang passiert hätten. Allerdings begrüßen nicht alle die Öffnungen der neuen Übergänge. Einige griechische Zyprioten demonstrierten für eine Schließung aller Transitpunkte. Am 25. November blockierten sie

drei Stunden lang beide neu geöffneten Übergangsstellen.

Die Zypern-Arbeitsgruppe der Republikanisch Türkischen Partei (CTP) und der Zypern-Ausschuss der Fortschrittlichen Partei des arbeitenden Volkes (AKEL) trafen sich in Trikomo/Iskele zu einer Konferenz unter dem Titel ‚Eine Föderation in Zypern‘. Toumazos Tsielepis, Mitglied des politischen Vorstands der AKEL und Vorsitzender des Zentralausschusses des Büros für das Zypernproblem, und Stavri Kalopsidotu, Mitglied des Zentralausschusses des Büros für das Zypernproblem, sprachen zu den Konferenzteilnehmern. Die Eröffnungsrede hielt der Parteisekretär für Aussenpolitik der CTP und Abgeordnete Armagan Candan.

Die bikommunale zivilgesellschaftliche Organisation „UniteCyprusNow“ diskutierte im November auf Versammlungen in Limassol, Famagusta und Nikosia, wie eine Teilung verhindert und ein gemeinsames Heimatland aufgebaut werden könne.

In einem Interview mit der Tageszeitung Politis erklärte Außenminister Cavusoglu am 25. November, dass die Türkei alternativen Vorschlägen zur Lösung des Zypernproblems offen gegenüberstehe, auch würde man eine föderale Lösung nicht zurückweisen. In Bezug auf Anastasiades Vorschlag einer dezentralisierten Föderation konstatierte er, dass die Türkei die Idee einer „losen Föderation“ nicht ablehnen würde. Er bemerkte außerdem, dass der Prozess unter dem Dach der Vereinten Nationen stattfinden müsse.

Am 1. November kündigte der türkisch-zypriotische Regierungssprecher Baris Burcu an, dass die jährliche Truppenübung Toros (eine gemeinsame Militärübung der auf Zypern stationierten türkischen Streitkräfte und der türkisch-zypriotischen Sicherheitskräfte) in diesem Jahr nicht stattfinden werde. Die Militärübung wird seit mehreren Jahren als Zeichen des guten Willens von der türkisch-zypriotischen Seite abgesagt.

Die Europäische Kommission verabschiedete ein neues jährliches Aktionsprogramm über eine Gesamtsumme von 34,5 Millionen Euro, um die Wiedervereinigung Zyperns zu beschleunigen. Unterstützt werden soll die türkisch-zypriotische Gemeinschaft, wobei besonderes Gewicht auf die wirtschaftliche Einbindung der Insel, auf die Verbesserung der Kontakte zwischen beiden Volksgruppen und zwischen den türkischen Zyprioten und der EU, sowie die Vorbereitung des Acquis Communautaire (Gesamtheit des gültigen EU-Rechts in der Europäischen Union) gelegt wird.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres ernannte die australische Generalmajorin Cheryl Pearce zur Oberbefehlshaberin der Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern (UNFICYP). Pearce tritt die Nachfolge von Generalmajor Mohammad Humayun Kabir aus Bangladesh an, dessen Einsatz im Oktober 2018 endete.

Der prominente Fußballer Sevim Ebeoglu, der für AEL Limassol und Dogan Turk Birligi (DTB, mittlerweile in Kyrenia beheimatet) unter Vertrag gewesen war, ist gestorben. Mit dem griechisch-zypriotischen Team AEL gewann Ebeoglu

drei Meisterschaften. Geschäftsführer Demetris Yiannelis vertrat den Club bei der Beerdigung. Auf dem Sarg waren die Trikots beider Mannschaften (AEL und DTB) drapiert.

Das Komitee für die Vermissten auf Zypern (CMP) überbrachte vier ihrer zypriotischen Anthropologen von beiden Volksgruppen ihre Glückwünsche zum erfolgreichen Bestehen der äußerst strengen theoretischen und praktischen Prüfung des Lateinamerikanischen Verzeichnisses für forensische Anthropologie (DALAF), des ältesten Anthropologie-Verbandes der Welt. *„Mit dieser Leistung stellt das CMP [Komitee für die Vermissten auf Zypern], zwei ihrer Visionen unter Beweis: die Aufrechterhaltung hoher wissenschaftlicher Standards und die kontinuierliche Weiterbildung und Spezialausbildungen seiner Mitarbeiter. Diese ermöglichen ihnen unmittelbare Kenntnis der wissenschaftlichen Entwicklungen in der Forensik“*, so die vom CMP veröffentlichte Stellungnahme.

2. Gasvorkommen

Am 14. November startete der US-amerikanische Mineralölkonzern EXXON MOBIL Erkundungsbohrungen im ‚Delphine-Zielbereich‘ in Block 10 der Exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ). Die Bohrungen sollen ungefähr zwei Monate andauern. Nach Beendigung der Arbeiten im Zielbereich ‚Delphine‘ wird die Bohranlage entweder in die Bohrbereiche ‚Glafkos‘ oder ‚Anthea‘ verlegt werden. Im Verlauf des Monats bestätigten amerikanische Diplomaten und Vertreter des amerikanischen Außenministeri-

ums erneut ihren seit langem vertretenen Standpunkt der Anerkennung des Rechts der Republik Zypern auf die Erschließung des Ressourcenreichtums in seiner Exklusiven Wirtschaftszone. Allerdings betonten sie auch die Wichtigkeit, diesen Reichtum auf gleichberechtigter Basis zu teilen.

Am 13. November wies die Regierung Berichte der türkischen Printmedien zurück, Anastasiades habe seine Bereitschaft ausgedrückt, eine Vereinbarung mit Ankara zu treffen, zyprisches Erdgas durch die Türkei nach Europa zu transportieren. Die Regierung reagierte auf Meldungen, dass Ankara - ungeachtet gegenteiliger öffentlicher Ankündigungen - keinerlei Absicht hege, den amerikanischen Mineralölkonzern bei der Erschließung von Gasvorkommen vor der zyprischen Küste zu behindern. Hierzu sei ein Geheimvertrag zwischen Anastasiades und dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu geschlossen worden.

Am 18. November wiederholte Ankara seine Warnung an Konzerne und Länder, die in Gaserkundungen in der Exklusiven Wirtschaftszone Zyperns (EEZ) involviert sind. Die türkische Regierung ist der Ansicht, dass die Bohrungen der amerikanischen Firma die EXXON MOBIL das empfindliche Gleichgewicht, das hinsichtlich des Zypernproblems bestünde, beeinträchtigten. Des Weiteren warnte Ankara davor, dass man selbst Erkundungsbohrungen in den Gebieten vornehmen werde, für die man von türkisch-zyprischer Seite autorisiert worden sei. Die türkisch-zyprische Seite und die Türkei erheben Ansprüche auf fast alle Blöcke Exklusiven Wirtschaftszone Zyperns (EEZ) mit

Ausnahme von Block 10, für das EXXON MOBIL die Lizenz von Zypern erhielt.

Griechenland, Italien und Zypern trafen eine Vereinbarung mit Israel, eine Pipeline zu legen, die Gasvorkommen Israels mit den drei Ländern verbindet, um Erdgas aus dem östlichen Mittelmeer nach Europa zu transportieren. Die East Med Pipeline soll die tiefste Unterwassergaspipeline der Welt werden. Die Kosten belaufen sich auf geschätzte 7 Milliarden US Dollar. Berichten zufolge wird die Europäische Union 100 Millionen US Dollar für eine Machbarkeitsstudie zur Rentabilität des Projekts zur Verfügung stellen. Die Pipeline soll ca. 170 km vor Zyperns Südküste beginnen und auf einer Länge von 2.200 Kilometern über Kreta und das griechische Festland im italienischen Otranto enden. Die Pipeline soll jährlich bis zu 20 Milliarden Kubikmeter Erdgas transportieren können. Teil der Vereinbarung ist, dass Israel und Zypern beim Export von Gas in den europäischen Markt gegenüber anderen Ländern Vorzugsstatus genießt.

Am 26. November bewarben sich das französische Mineralölunternehmen TOTAL und der italienische Konzern ENI um eine Lizenz für Block 7 der Exklusiven Wirtschaftszone Zyperns (EEZ). Anstatt eine neue Lizenzierungsrunde zu starten, hatte sich die Regierung im Oktober mit einer Lizenz-Ausschreibung zu Block 7 an Konzerne gewandt, die bereits über Konzessionen in angrenzende Blöcken innerhalb der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns verfügen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Im Anschluss an das kürzlich erfolgte Upgrade des Länderratings Zyperns auf Anlagebonität durch die Rating-Agenturen Standard & Poor's und Fitch stufte DBRS Ratings Limited am 23. November die Insel ebenfalls auf Anlagebonität herauf. Laut DBRS-Bericht wurde das Rating der langfristigen Emittenten in ausländischer und nationaler Währung von BB auf BBB- erhöht. Das Rating der kurzfristigen Fremd- und Landeswährungsemittenten hob die Ratingagentur von R-4 auf R-2 an. DBRS änderte auch den Ausblick von stabil zu positiv. Grund für die Heraufstufung ist dem Bericht zufolge die bedeutende Verringerung der notleidenden Kredite (NPLs) im zyprischen Bankensystem in den vergangenen Monaten. Dies spiegelt die intensivierten Bemühungen der Regierung und der Banken wider. Durch die geordnete Liquidation der Cyprus Cooperative Bank und durch den Verkauf deren notleidender Kredite konnte der Bestand der NPLs im Bankensystem im Jahr 2018 fast halbiert werden. Obwohl der Anteil notleidender Kredite noch immer hoch sei, hätten der Rückgang der NPLs und die Festigung des Rechtsrahmens die Risiken für die Stabilität des Finanzsystems reduziert, so die Ratingagentur.

Außenpolitik

Am 7. November unterzeichneten Außenminister Nicos Christodoulides und der stellvertretende Staatssekretär für europäische und eurasische Angelegenheiten, Wess Mitchell, in

Washington eine Absichtserklärung, die bilateralen Beziehungen zu verstärken und zu entwickeln. Die Erklärung definiert erstmalig einen Kooperationsrahmen zwischen den Vereinigten Staaten und Zypern zu Sicherheitsfragen. Sie dient der Förderung gemeinschaftlicher Interessen bei der Terrorismusbekämpfung, der Verstärkung der Sicherheit auf See und an den Grenzen. Ebenso soll die regionale Stabilität gefördert werden. Während seines Aufenthalts traf sich Christodoulides auch mit Außenminister Mike Pompeo.

Innenpolitische Entwicklungen

Mit Ausnahme der DISY (Demokratische Sammlung), die Anastasiades unterstützt, zeigten sich die Oppositionsparteien wenig beeindruckt vom Vorschlag des Präsidenten vom 6. November. In einer Ansprache an die Öffentlichkeit hatte er als Wiedervereinigungsmodell für Zypern eine dezentralisierte Föderation ins Spiel gebracht. Stefanos Stefanou, der Sprecher der Fortschrittlichen Partei des arbeitenden Volkes, AKEL, meinte, dass das einzige Ergebnis dieser Aussage eine weitere Verstärkung der bereits bestehenden Verwirrung sei. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, DIKO, Nicolas Papadopoulos, sagte, dass Anastasiades noch keine einzige der Fragen beantwortet habe, die seine Partei an im Nationalrat gestellt habe. Zudem habe er nicht erklärt, was er mit ‚dezentraler Föderation‘ genau meine. Die Bewegung der Sozialdemokraten, EDEK, ließ in einer Stellungnahme verlauten, dass Anastasiades mit dem Vorschlag einer dezentralisierten Föderation die Basis dieses „...gefährlichen und gescheiterten

Prozesses, der sich jetzt schon vier Jahrzehnte hinzieht“ nicht verändere. Eleni Theocharous, die Gründerin und Vorsitzende der Solidaritätsbewegung, betonte, dass Anastasiades‘ Rede das Ende der Ära für eine bizonale, bikommunale Föderation darstelle und dass der Präsident das Scheitern seiner Politik hiermit eingestehe.

Nachdem sich am 27. November der Vorsitzende Nikolas Papadopoulos der Mitte-rechts Partei DIKO und der Führer der linken AKEL Antros Kyprianou zu einem Austausch getroffen hatten, sah sich der Präsident zunehmendem Widerspruch und Misstrauen ausgesetzt. Obwohl sie aus unterschiedlichen politischen Lagern kommen, vereinbarten sie, sich bei Gesichtspunkten, bei denen sie eine gemeinsame Basis haben, zusammenzuschließen, um Druck auf den Präsidenten auszuüben, eine bizonale bikommunale Föderation (BBF) zu unterstützen und seine Idee einer dezentralisierten Föderation aufzugeben. Sie beschuldigten ihn, noch immer nicht klargelegt zu haben, was eine dezentralisierte Föderation bedeute und warfen ihm Mauschelei hinter verschlossenen Türen mit dem türkischen Außenminister Mevlut Cavusoglu vor, bei der er mit der losen oder dezentralen Föderation eine Alternative zur BBF ins Gespräch gebracht habe. Beide Parteiführer stimmen darin überein, dass weder eine Teilung noch ein Staatenbund eine Option seien, und beharrten mit Nachdruck auf einer bizonalen bikommunalen Föderation als Lösungsmodell. Diese würde Zypern von Besatzungstruppen und Garantiemächten befreien. Inzwischen verständigte sich die Regierung darauf, ein von der Demokratischen Partei DIKO

vorgeschlagenes Maßnahmenpaket zur Unterstützung sozial schwacher Gruppen umzusetzen. Die Kosten werden auf 100 Millionen Euro geschätzt. Das Maßnahmenpaket beinhaltet eine Erhöhung der Niedrigrenten um 50 Euro, eine Verringerung der Mineralölsteuer um 5 Cent und Subventionen für Heizöl für die Bevölkerung in höher gelegenen Regionen. Des Weiteren ist ein 33-Millionen-Euro-Programm geplant, um Personen zu unterstützen, die ihre Kredite pünktlich zurückzahlen.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Mitarbeiter der Firma "Ten Group Services and J&P Overseas" weiteten ihren am 31. Oktober 2018 begonnenen Streik auf unbestimmte Zeit aus. Die Streikmaßnahmen, die auch einige Straßenproteste einschlossen, beziehen sich auf Gehälter und Unterstützungsleitungen, die der Arbeitgeber seinen 570 Beschäftigten schuldet. Man will so lange streiken, bis die Firma den Forderungen nachgekommen ist. Die Arbeitsniederlegungen stehen in Zusammenhang mit weiteren Erfahrungen, die Mitarbeiter mit "Ten Group Services and J&P Overseas" gemacht haben. Eine Anzahl der Beschäftigten hat nach ihrer Rückkehr nach Zypern keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, weil die Firma seit Dezember 2016 keine Sozialabgaben mehr abgeführt hat. Am 5. November traten Arbeiter auf der Großbaustelle der neuen Bibliothek der Universität Zypern in einen Solidaritätsstreik, um sich für andere streikende Mitarbeiter der Firma einzusetzen. Auch die Gewerkschaften PEO, SEK, DEOK und POAS unterstützen den Arbeitskampf. Die Solidaritätsmaßnahmen wer-

den möglicherweise auf andere Großbaustellen der Firmengruppe ausgeweitet, wenn der Streik fortgeführt wird.

Auf ihrer Mitgliederversammlung am 22. November beschlossen die Arbeitnehmer in der Baubranche von Larnaka, die Vorstände ihrer Gewerkschaften zu autorisieren, Maßnahmen zu ergreifen, um den neuen Manteltarifvertrag umzusetzen und Arbeitnehmerrechte einzuklagen. Die zwischen den Gewerkschaften und dem Dachverband der Bauunternehmer geschlossenen Vereinbarungen waren nicht eingehalten worden. Der neue Tarifvertrag war nach langwierigen Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des Vermittlungsdienstes des Arbeitsministeriums geschlossen worden. Die Arbeitgeber beschlossen, den Vertrag zurückzuweisen und forderten die Gewerkschaften auf, die Erneuerung des Abkommens erneut zu diskutieren.

Am 20. November demonstrierten Hunderte von Hotelangestellten gegen das neue Gesetz zum Betrieb eines Hotels. Es würde die Arbeitsverhältnisse übergreifend weiter deregulieren und Hotelbetreibern die Möglichkeit eröffnen, Dienstleistungen an Dritte zu übertragen, wodurch die Bestimmungen geltender Rechtsvorschriften, die Hotels dazu verpflichtet hatten, ausreichend spezialisiertes Personal einzustellen, aufgehoben würden. Die Gewerkschaften betonten, dass sie vor der Ausarbeitung des neuen Gesetzes, das die Gründung und den Betrieb eines Hotels reguliert, nicht konsultiert worden seien. Das neue Gesetz versetze 20.000 Hotelangestellte in einen unklaren Beschäftigungsstatus, einschließlich eines Jobverlustrisikos. Die Demonstranten marschierten vom

Finanzministerium zum Parlament. Die Generalsekretäre der Gewerkschaften PEO und SEK, Pambis Kyritsis und Andreas Matsas, sagten in ihren Grußworten während der Demonstration den Hotelmitarbeitern ihre Unterstützung im Arbeitskampf zu. Die Vorsitzenden von SEK und PEO überreichten dem Innenminister, dem Arbeitsminister und dem Parlamentspräsidenten Resolutionen. Außer Protesten planen die Gewerkschaftsmitglieder aus der Hotelbranche weitere Aktionen. Dazu gehören u.a. Treffen mit den Vorsitzenden politischer Parteien, um ihre Bedenken gegen das neue Gesetz darzulegen sowie Petitionskampagnen zur Unterstützung sowohl der Hotelangestellten als auch eines Gesetzes, das die Arbeitnehmer und ihre Rechte schützt. Geplant ist auch die Herausgabe einer Informationsbroschüre für die Öffentlichkeit und für die Beschäftigten.

Die Gewerkschaften PEO, SEK und DEOK gaben bezüglich ausstehender Gehälter eine Erklärung ab, die sich an das Busunternehmen ‚Zenon‘, an das Verkehrsministerium und an das Arbeitsministerium richtet. Laut Gesetz muss jeder Arbeitgeber Gehaltszahlungen ohne Verzögerungen leisten. In diesem Zusammenhang berichteten Mitarbeiter von weiteren Schwierigkeiten: von technischen Problemen an Bussen, vom Fehlen funktionierender Klimaanlage, von wetterbedingt äußerst belastenden Arbeitsbedingungen (insbesondere in den Sommer- und Wintermonaten). Zudem fordern sie pünktliche Bezahlung und respektvolle Behandlung. Die Gewerkschaften drohten rechtliche Konsequenzen und Streiks an.

Auf der Generalversammlung der Gewerkschaft PEO am 5. November wurden die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zu Verträgen, die im Herbst 2017 und zu Jahresbeginn 2018 ausgelaufen waren, bewertet. Dargelegt wurden zudem die Strategie bei künftigen Vertragserneuerungen und die weiteren sozialen Ansprüche der Gewerkschaft. 2018 wurden 237 Manteltarifverträge oder Sondervereinbarungen für insgesamt 48.550 Arbeitnehmer neu verhandelt. Die erzielten Resultate bei der Erneuerung der Manteltarifverträge dokumentieren, dass 2018 ein entscheidendes Jahr war, die Wiederherstellung von Löhnen und Unterstützungsleistungen, die in Folge von Sondervereinbarungen reduziert worden waren, voranzutreiben. Zusätzlich zu einer Wiederanpassung der Löhne in einer beträchtlichen Zahl der erneuerten Tarifverträge, gab es auch Lohn erhöhungen. Basierend auf Zahlen der Gewerkschaft PEO sollen 205 Manteltarifverträge für mehr als 78.000 Arbeitnehmer neu verhandelt werden.

Der Haushaltsausschuss des Parlaments überprüfte den Haushaltsplan des Arbeitsministeriums sowohl in dem Kontext, der im Estia Projekts erwähnt wird, als auch - im Auftrag des Ministeriums - bei der Förderung von Gesetzentwürfen und Maßnahmen in den Bereichen Umbau von Sozialleistungen, Einführung eines nationalen Mindestlohns und Stärkung von Beschäftigung. Der Generalsekretär der Gewerkschaft PEO, Pambis Kyritis, betonte die Wichtigkeit der Einführung eines Mindestlohns für Arbeiter in Bereichen, die nicht durch Manteltarifverträge geschützt seien.

Laut der Arbeitskostenerhebung 2016 des Statistischen Amtes erhalten Beschäftigte in Hotels äußerst geringe Löhne. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die durchschnittlichen Arbeitskosten in Hotels je Stunde bei 7,50 Euro brutto liegen, während es in der Wirtschaft insgesamt 16,30 Euro sind. Der Generalsekretär der Gewerkschaft SYXKA, die zu PEO gehört, unterstrich, dass Hotelangestellte unregelmäßiger Arbeit, extrem niedrigen Löhnen, erschöpfenden Arbeitszeiten, sowie psychologischem und arbeitsbedingtem Stress ausgesetzt seien.

Die Abteilung für Arbeitsschutz äußerte große Besorgnis hinsichtlich der steigenden Zahl von Arbeitsunfällen. Der Sachverhalt war bereits zweimal in diesem Zeitraum auf den Konferenzen des panzyprischen Rates für Sicherheit und Gesundheit diskutiert worden. Ein Aktionsplan mit spezifischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Situation wurde ausgearbeitet. Von 2016 auf 2017 lag der Anstieg der Arbeitsunfälle bei 8,7% (diese Zahlen stammen aus der Abteilung für Arbeitsschutz), von 2015-2016 waren es 19,4% gewesen. Der Anstieg wurde hauptsächlich im Wirtschaftsbereich verzeichnet: a) Baugewerbe: 46.5% (2016: 172 Arbeitsunfälle, 2017: 252 Arbeitsunfälle) b) Transport und Lagerung: 14.4% (2016: 132 Arbeitsunfälle, 2017: 151 Arbeitsunfälle) c) Hotels- Restaurants: 9.3% (2016: 518 Arbeitsunfälle, 2017: 566 Arbeitsunfälle). Die Gewerkschaft SEK erklärte in einer Stellungnahme, dass es Verbesserungsbedarf bei den Sicherheitsstufen und dem Thema Gesundheit am Arbeitsplatz gäbe, um die Risiken für Arbeitsunfälle zu minimieren. Als Beispiel führte SEK einen aktuellen Arbeitsunfall

aus Limassol an. Ein Arbeiter fiel von einem mehrgeschossigen Gebäude und war im 13. Stock eingeklemmt. Aufgrund der Höhe des Gebäudes konnte die Feuerwehr nicht eingreifen. SEK äußerte Besorgnis bezüglich Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter beim Bau solcher Gebäude.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Inflationsrate im Oktober betrug 1,58% und lag in den ersten 10 Monaten des Jahres 2018 bei 34,08%.

Das 3-monatige Einfrieren der Ergänzungszahlung COLA (Anpassung an die Lebenshaltungskosten) für Rentner und Angestellte im öffentlichen Dienst – aufgrund eines Regierungserlasses vom Oktober 2018 – sollte „überprüft und endgültig aufgehoben“ werden, entschied Ombudsfrau Emine Dizdarli. Das Dekret müsse gemäß der Verfassung der TRNZ, „... unter Berücksichtigung der Grundsätze des öffentlichen Interesses, der Gleichheit und der Antidiskriminierung“ widerrufen werden. Während ein Teil der Gesellschaft durch Vorenthaltung eines mit der Inflationsrate verbundenen Zuschusses „geschädigt“ werde, fällen Minister weiterhin positive Entscheidungen bezüglich von Pauschalzahlungen an anderer Stelle. „Das widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung“, so die Ombudsfrau. Finanzminister Serdar Denktas verteidigte den Regierungserlass und verwies auf die Tatsache, dass

Dizdarli „keine Wirtschaftswissenschaftlerin“ sei. Er kritisierte, dass sie vor ihrem Entscheid keine Sachverständigenmeinung eingeholt habe. „In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise war das Einfrieren der COLA für die Dauer eines Quartals unabdingbar“, erklärte Denktas.

Zahlen des Tourismusministeriums der TRNZ zufolge wählen türkisch Zyprioten, die in der Diaspora im Vereinigten Königreich leben, die ‚billigeren und bequemerer‘ Flüge zu den Flughäfen im Süden Zyperns anstatt in den Norden zu fliegen. Die türkische-zypriotische Tageszeitung Cyprus Today berichtete, dass in den ersten 10 Monaten des Jahres 2018 die Zahl der Ankömmlinge an den Flughäfen und Häfen der TRNZ um 17,8% auf 17.792 zurückgegangen sei. Im Vergleichszeitraum im Jahr 2017 habe es noch 21.636 Anreisen gegeben. An den Flughäfen Paphos und Larnaca hingegen seien die Ankünfte um 4,3% auf 41.874 gestiegen verglichen mit 40.155 im gleichen Zeitraum im vergangenen Jahr.

Laut türkisch-zypriotischer Handelskammer wurden innerhalb der ersten sechs Monate Waren im Wert von 2,3 Millionen Euro in den Süden Zyperns verkauft. Dies sei verglichen mit dem ersten Halbjahr 2017 ein Rückgang um 5,42%. Durchschnittlich waren es monatlich 387.694 Euro. Dies sei der zweitniedrigste monatliche Durchschnitt innerhalb der letzten 8 Jahre. In den 14 Jahren seit Inkrafttreten von Handelsbestimmungen zwischen beiden Teilen der Insel sind Waren im Wert von 89 Millionen Euro vom Norden an den Süden verkauft worden. Der Handelsverkehr auf Zypern ist in der ‚Verordnung über die Grüne Linie‘ geregelt, die

von der Europäischen Union 2004 umgesetzt wurde.

Beziehungen mit der Türkei

Der neu ernannte türkische Botschafter in Nikosia, Ali Murat Basceri, überreichte am 1. November dem türkisch-zypriotischen Präsidenten Mustafa Akinci seine Berufungsurkunde. Basceri hatte in der TRNZ bereits in den Jahren 2001 bis 2005 und 2011 bis 2013 in diesem Amt gedient. Vor seiner Ernennung zum Botschafter in Nikosia war er Stellvertretender Leiter für den nordöstlichen Teil des Mittelmeeres im Außenministerium der Türkei in Ankara. Nach der offiziellen Annahme seines neuen Amtes trat er eine Reihe von Höflichkeitsbesuchen an. Am 2. Dezember traf er sich zu Einzelgesprächen mit dem Parlamentspräsidenten, dem Premierminister, dem Finanzminister und dem Erziehungsminister.

Fuat Oktay, der türkische Vizepräsident, der sich anlässlich der 35-Jahr-Feier des Bestehens der TRNZ in Nordzypern aufhielt, wurde von Präsident Mustafa Akinci empfangen. Der stellvertretende Sprecher der Großen Nationalversammlung der Türkei (TBMM), Celal Adan, und der Vorsitzende der TRNZ-Freundschaftsgruppe, Orhan Erdem, statteten anlässlich des Jubiläums den türkisch-zypriotischen Amtsträgern ebenfalls einen Besuch ab.

Das erste Treffen des Türkei-TRNZ-Handelskammer-Forums fand in Ankara statt. Auch die Handelsministerin der Türkei, Ruhsar Pekcan, und der türkisch-zypriotische Minister für Wirtschaft und Energie, Özdil Nami, waren zugegen.

Parlamentspräsident Teberrüken Ulucay war Gastredner des Parlamentspräsidenten der Großen Nationalversammlung der Türkei, Binali Yildirim. Er sprach vor den Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung türkisch sprechender Länder (TURKPA). Ulucay nahm als Gast Yildirims auch an der 11. Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung Asiens in Istanbul teil.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 15. November jährte sich die Gründung der TRNZ zum 35. Mal.

Laut einer im September durchgeführten Umfrage des Zentrums für Migrations-, Identitäts- und Rechtsstudien (CMIRS) hat die von der Abwertung der türkischen Lira verursachte Wirtschaftskrise zu einer „*gefährlich*“ polarisierten „*Gesellschaft ohne Hoffnung*“ und einem beispiellosen Grad an pessimistischen Zukunftserwartungen geführt. Dem Bericht der türkisch-zypriotischen Wochenzeitung Cyprus Today zufolge rechneten 80% der Befragten nicht mit einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Perspektiven innerhalb der nächsten zwei Jahre. In der letzten Erhebung im Juni waren es 17,98% gewesen. Lediglich 4% glaubten an einen wirtschaftlichen Aufschwung. 85% seien davon überzeugt, dass sich das Land ökonomisch „*in die falsche Richtung bewege*“, im Juni hatten 77,9% diese Ansicht geteilt. Darüber hinaus habe die wachsende Kriminalität und konjunkturelle Krise besonders bei Frauen zu erhöhter Verunsicherung und Angst geführt. Der Grad an allgemeiner „*Lebenszufriedenheit*“ auf einer Skala von 1-10 fiel weiter ab, auf 5.43

im Vergleich zu Juni (6.59) und Februar (6.80). Das „*soziale Vertrauen*“ von Frauen sank angesichts wachsender Kriminalität von 2.48 auf 1.71, während das von Männern von 3.42 auf 2.48 zurückging.

Innenministerin Aysegul Baybars Kadri teilte mit, dass im Zuge der Bekämpfung der steigenden Kriminalität schärfere Kontrollen dazu geführt hätten, dass seit Januar 2.500 Personen die Einreise in die TRNZ verweigert worden sei. Die „*wachsende und sich verändernde*“ Bevölkerung sei steigender Kriminalität ausgesetzt. Strengere Kontrollen der Personen, die beabsichtigten in das Land einzureisen, sei ein Weg, das Problem anzugehen, erklärte die Innenministerin. Weitere Maßnahmen würden auch ein neues Netz an Sicherheitskameras einschließen. In den Häfen der TRNZ würden Menschen, die als Touristen einreisen wollten, routinemäßig von Einwanderungsbeamten zur geplanten Länge ihres Aufenthalts befragt. Anhand des mitgebrachten Bargelds oder der ausgewiesenen Einkünfte werde überprüft, ob der Lebensunterhalt finanziert werden könne.

Der 6. Ordentliche Kongress des regierenden Koalitionspartners TDP (Sozialdemokratische Partei) stand unter dem Slogan „*Wir arbeiten für unser Land und schaffen Frieden*“. Der Parteivorsitzende Cemal Ozyigit wurde ohne Gegenkandidaten wiedergewählt.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Entscheidung, die Ergänzungszahlung COLA (Anpassung an die Lebenshaltungskosten) für Rentner und Angestellte im öffentlichen Dienst

in den Monaten Oktober, November und Dezember einzufrieren, stieß bei den Gewerkschaften auf scharfe Kritik. Zwei Gewerkschaften des öffentlichen Sektors, KTAMS und Kamusen, kündigten an, man werde gerichtlich gegen den Ministerratsbeschluss vorgehen. Der Erlass war während einer Sitzungsperiode des Parlaments verfügt, jedoch nicht mit den Gewerkschaften beraten worden. Dies verstoße gegen die Verfassung. Die Gewerkschaften führten an, dass das Kabinett laut Verfassung eine Verordnung in dringenden Fällen verabschieden könne. Diese müsse jedoch noch am gleichen Tag dem Parlament vorgelegt werden, wo sie vorrangig behandelt und diskutiert sowie innerhalb von 90 Tagen angenommen oder zurückgewiesen werden müsse. „Dieser illegale Beschluss wurde zudem in einer anhaltenden Wirtschaftskrise gefasst, in der die Kaufkraft der Bevölkerung geschützt werden muss“, verlautbarten die Gewerkschaften in einer gemeinsamen Stellungnahme.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Dezember 2018

--- keine Veranstaltungen ---



Januar 2019

--- keine Veranstaltungen ---



Das FES-Newsletter-Team und das FES-Büro auf Zypern wünschen Ihnen ein frohes Fest und alles Gute für 2019.



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan und Enis Porat, Grigoris Ioannou,
Despina Michaelidou und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com